

V-33 Don't Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

- 1 Don't Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat
- 2 Der Gesellschaftsvertrag zwischen jungen Menschen und dem Staat ist brüchig
- 3 geworden.
- 4 Die Folge ist Perspektivlosigkeit, besonders abseits der Großstädte. Der
- 5 Lebensentwurf, auf den sich so viele Generationen verlassen konnten, trägt nicht
- 6 mehr: Schule machen, eine Ausbildung oder ein Studium abschließen, einen guten
- 7 Job finden und sich etwas aufbauen. Damit schwindet das Vertrauen in Staat,
- 8 Demokratie, aber auch in sich selbst und sein Umfeld. Wer immer wieder erlebt,
- 9 dass die eigene Anstrengung nichts verändert, verliert die Überzeugung, das
- 10 eigene Leben selbst gestalten zu können. Doch genau diese Selbstwirksamkeit ist
- 11 die Grundlage für Zuversicht und für eine lebendige Demokratie. Während die
- 12 einen das Land verlassen, verlassen die anderen die Diskursräume. Sie ziehen
- 13 sich zurück und kehren dem Land innerlich den Rücken.
- 14 Dabei gab es einmal ein Versprechen: Unsere Kinder sollen es mal besser haben.
- 15 Das ist kein Slogan einer politischen Couleur. Es ist ein Versprechen der
- 16 Freiheit, das dieses Land jeder und jedem gegeben hat. Wer sich auf den Weg
- 17 macht, kann es schaffen.
- 18 Als Bündnis 90/Die Grünen sind wir uns einig: Es soll nicht darauf ankommen,
- 19 woher du kommst, sondern wohin du willst. Damit das wieder für alle gilt,
- 20 braucht es einen fairen Rahmen, in dem junge Menschen frei starten können und
- 21 nicht gestoppt werden. Don't stop me now.
- 22 Dafür machen wir fünf konkrete Vorschläge.
- 23 1. Mitreden statt abwarten: Jugendbeteiligung verbindlich machen
- 24 Jugendräte sind die Werkstätte der Demokratie. Sie sichern jungen Menschen eine
- 25 starke und verbindliche Vertretung in demokratischen Prozessen. Statt des
- 26 bisherigen Flickenteppichs aus Beteiligungsformaten wollen wir das Pilotprojekt
- 27 der Jugendräte bundesweit starten und dann auch verstetigen. Beispielsweise
- 28 zeigt der Landesjugendbeirat in Baden-Württemberg, dass Jugendbeteiligung nicht
- 29 nur auf kommunaler Ebene passieren kann, sondern auf allen Ebenen des
- 30 demokratischen Prozesses. Junge Menschen verdienen Einfluss und Mitspracherecht
- 31 auch auf Landes- und Bundesebene, daher wollen wir dieses Modell ausweiten.
- 32 Demokratie ist spannend, weil man selbst etwas verändern kann. Für diese
- 33 Selbstwirksamkeit und Wirkmacht braucht es aber den notwendigen Rahmen:
- 34 Jugendräte brauchen Antrags-, Anhörungs- und Rederechte in den Gremien auf allen
- 35 Ebenen und ein eigenes Budget, über das sie selbst entscheiden können. Wir
- 36 wollen nicht nur dabei sitzen, sondern auch mitmischen. Ebenso ist es wichtig,
- 37 dass junge Menschen nicht nur zu vermeintlich „jugendspezifischen“ Themen

38 gefragt werden. Alle Themen sind Jugendthemen, denn es gibt kein Thema, das uns
39 über kurz oder lang nicht betrifft. Denn auch Jugendliche werden älter.

40 2. Mit Sprache gegen den Bildungsabgrund – von der Kita bis zur Gründung

41 Die Chancenermöglichung zur freien Entfaltung und Verwirklichung gerade junger
42 Menschen ist ein tiefgreifendes Anliegen unserer Partei. Sie ist der Schlüssel
43 zu mittel- und langfristigem Wohlstand. Ihre Gewährleistung ist daher
44 essentiell.

45 Sprache sehen wir hierbei als Schlüssel zu unserer Gesellschaft an, folgerichtig
46 ist der Spracherwerb von allen Kindern die Grundlage für ein erfolgreiches und
47 selbstbestimmtes Leben. Doch genau an dieser wichtigen Grundkompetenz versagt
48 unser Bildungssystem gerade. Die PISA-Erhebung 2026 attestiert hier ein
49 historisch tiefes Niveau, wobei ein Drittel der 15-Jährigen das Basis-Niveau im
50 Lesen unterschreitet. Gleichzeitig sinken die Spitzen-Niveaus auf unter 10 % der
51 Schüler*innen. Und selbst Universitäten beklagen zunehmend sinkende Kompetenzen
52 beim Textverständnis.

53 PISA-Schock 2.0?

54 Die große Diskussion über das deutsche Bildungssystem und seine Zukunft bleibt
55 jedoch aus. Vielleicht auch, weil viele Probleme seit Jahren bekannt sind, aber
56 nicht angegangen werden. Wir wollen nicht resignieren und sehen eine
57 entscheidende Lösung in der Förderung des Spracherwerbs und somit auch der
58 Sprachkompetenzen. In wenigen Ländern der EU hängt der Bildungserfolg mehr von
59 der eigenen Herkunft ab als in Deutschland. Vor allen Dingen Kinder mit
60 Migrationshintergrund und aus einkommensschwachen Familien schneiden bei den
61 Sprachkompetenzen immer schlechter ab. Es ist dabei unsere Pflicht als
62 Gesellschaft, besonders für diese Kinder das Aufstiegsversprechen endlich
63 einzulösen.

64 Chancen ermöglichen durch frühe Sprachförderung

65 Wir fordern bundesweit vergleichbare und verbindliche Standards bei den
66 Sprachtests in den Ländern. Genauso wichtig ist, dass es ein verpflichtendes
67 Förderangebot für Kinder gibt, die die Mindeststandards unterschreiten. Am
68 Beispiel Hamburgs zeigt sich, dass so ein Großteil der Kinder bis zum
69 Grundschulstart ein schulfähiges Sprachniveau erreicht. Dort werden im
70 Bildungsmonitor gute Ergebnisse erzielt. Dass sich Sprachförderung an Schulen
71 auszahlt, zeigt sich auch im Ausland am „Mississippi Miracle“.

72 Doch diese Sprachförderung darf nicht mit dem Eintritt in die Grundschule enden.
73 Zunächst muss die Übergangsphase – vor allen Dingen für Kinder mit erhöhtem
74 Förderbedarf – besonders weich gestaltet werden. Gewährleistet werden kann dies
75 unter anderem durch ein digitales Datenmanagement, in dem Kita-Personal und
76 Grundschullehrkräfte auf Testergebnisse und Fördergutachten sowie persönliche
77 Beurteilungen datenschutzkonform zugreifen können. Bereits ermittelte Bedarfe
78 können so nicht verloren gehen.

79 Wichtig ist, dass qualifiziertes Personal die Schüler*innen in den
80 Grundkompetenzen und im Umgang mit KI bis zu ihrem Schulabschluss bedarfsgerecht
81 unterstützt. Auch über den klassischen Kernunterricht hinaus. Die
82 Nachmittagsbetreuung soll besonders in den weiterführenden Schulen ausgebaut
83 werden. Deswegen schlagen wir eine Qualitätsoffensive Hort vor, die

84 Schüler*innen nicht nur betreut. Der Fokus soll hier ganz klar auf der Förderung
85 und Einübung der Grundkompetenzen und der Zukunftskompetenzen liegen und über
86 die „klassische Hausaufgabenbetreuung“ hinausgehen. Vereine sollen dabei aktiv
87 eingeladen werden und bekommen die Möglichkeit, durch (Sport-)Angebote
88 Gemeinschaft zu stiften und Nachwuchs zu gewinnen.

89 Erfolg ermöglichen durch ein Gründungs-BAföG

90 Ein solcher Ermöglichungsgedanke soll auch einer späteren Erleichterung bei
91 Gründungen zugutekommen.

92 Wir fordern daher die Einführung eines Gründungs-BAföGs für alle jungen Menschen
93 bis zum 27. Lebensjahr. Damit wollen wir die Gründung stärker von der
94 finanziellen Situation des Elternhauses und privater Rücklagen entkoppeln und
95 jungen Menschen den Schritt von der Hochschule oder Ausbildung in die
96 Selbstständigkeit erleichtern. Diese Förderung soll mit niederschwelliger
97 unternehmerischer Qualifizierung und Beratung verbunden werden. Grundsätzlich
98 soll sie aus einem Zuschuss und einem individuell errechneten,
99 einkommensabhängig rückzahlbaren, zinslosen Darlehen bestehen.

100 Dadurch soll der von Mieten und anderen persönlichen Faktoren abhängige
101 Lebensunterhalt von Gründer*innen abgesichert werden, ohne diese durch zu hohe
102 Schulden zu belasten. Bestehende Instrumente wie z. B. EXIST oder die KfW-
103 Gründungsförderung sollen dabei nicht ersetzt, sondern um die bislang
104 unzureichend abgesicherte persönliche Gründungsphase, unter Beachtung der
105 Lebenshaltungskosten, erweitert werden. So stärken wir Chancengerechtigkeit in
106 unserer Gesellschaft und schaffen eine vielfältigere Gründungs- und
107 Unternehmenskultur.

108 3. Ein Staat, der einfach funktioniert: Leistungen einfach und automatisch

109 Vertrauen in unsere Demokratie und den Staat ist keine Selbstverständlichkeit.
110 Jungen Menschen, die in kaputt gesparten Schulen lernen, mit Sorge auf den
111 Arbeitsmarkt blicken und immer mehr für die Gesellschaft leisten müssen, können
112 wir Begeisterung für Institutionen nicht einfach vorschreiben. Wir müssen sie
113 wecken.

114 Deswegen wollen wir einen Staat, der einfach funktioniert und jungen Menschen
115 das Leben einfacher macht. Staatliche Leistungen und Informationen müssen bei
116 allen ankommen. Wir setzen auf einen proaktiven Staat, in dem Bürger*innen nicht
117 suchen und beantragen müssen, sondern direkt erfahren, welche Angebote ihnen zur
118 Verfügung stehen. Unser langfristiges Ziel ist: Wo ein Anspruch eindeutig
119 feststeht, wird die Leistung automatisch ausgezahlt. Wo noch Angaben fehlen,
120 weist der Staat selbst auf Lücken hin und fragt nur das ab, was wirklich noch
121 benötigt wird. Dafür legen wir eine digitale Basis, mit einem einheitlichen
122 Behörden-Konto, vernetzten Registern und interoperablen technischen Systemen in
123 jedem Bundesland.

124 Gerade bei Kindern und Jugendlichen dürfen komplizierte Verfahren nicht dazu
125 führen, dass Eltern die zustehenden Leistungen nicht kennen oder beantragen.
126 Beispielsweise beim Bildungs- und Teilhabepaket zeigt sich heute, dass
127 Unterstützungen für Schulmaterial, Mittagessen und Klassenfahrten oft nicht bei
128 Kindern ankommen, die sie brauchen. Mit proaktiven Leistungen lösen wir dieses
129 Problem.

130 Bis dieses Ziel erreicht ist, dürfen wir nicht untätig bleiben. Solange
131 staatliche Systeme komplex und unbekannt sind, muss der Staat junge Menschen
132 beim Übergang ins selbstständige Leben begleiten. Wir bieten jungen Menschen
133 mehr als nur eine Einladung zur Musterung!

134 Dafür setzen wir auf ein „Startpaket“ für junge Menschen, die in eine neue
135 Lebensphase eintreten. Kurz vor dem Schulabschluss oder zum 18. Geburtstag
136 meldet sich der Staat und zeigt, was er bietet und worauf es jetzt ankommt. Was
137 ändert sich für mich als eigenständige Person? Welche Entscheidungen kann ich
138 treffen? Zum Beispiel bezüglich Steuern, Krankenversicherung und Rente?

139 Ansprüche, etwa auf BAföG, Wohngeld und Kindergeld-Fortzahlung, müssen sichtbar
140 gemacht werden und mit wenigen Klicks beantragt werden können. So verlaufen auch
141 Programme wie die Frühstartrente und das neue Altersvorsorgedepot nicht ins
142 Leere, sondern kommen von Anfang an bei jungen Menschen an.

143 Langfristig muss das Ziel sein, dass solche Hilfestellungen immer weniger nötig
144 werden, weil Leistungen automatisch ankommen oder Verfahren so einfach sind,
145 dass sie ohne besondere Vorkenntnisse funktionieren. Staatsmodernisierung ist
146 dann mehr als bloß Digitalisierung. Sie ist die Chance, gerade jungen Menschen
147 wieder das Gefühl zu geben: Unser Staat funktioniert. Er ist handlungsfähig. Er
148 arbeitet. Das stärkt Chancengerechtigkeit und Vertrauen in unsere Demokratie.

149 4. Starke Orte – Kommunen, Ehrenamt und Mobilität im ländlichen Raum

150 Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt bewähren sich vor Ort. Damit
151 junge Menschen Bleibeperspektiven entwickeln und ihre Heimat aktiv mitgestalten
152 können, brauchen wir handlungsfähige Städte, Gemeinden und ländliche Räume in
153 Ost und West. Gleichwertige Lebensverhältnisse entstehen nicht durch
154 Lippenbekenntnisse, sondern durch eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen
155 Ebene. Wir fordern die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer
156 bestellt, bezahlt. Vom Bund beschlossene Sozialleistungen, wie etwa die Hilfe
157 zur Pflege, müssen vollständig vom Bund ausgeglichen werden, anstatt die
158 kommunalen Haushalte zu erdrücken. Ein Mangel an Finanzmitteln darf nicht länger
159 dazu führen, dass freiwillige Leistungen für die Jugend als Erstes dem Sparzwang
160 zum Opfer fallen. Angebote für Jugendliche sind kein Luxusgut, sondern eine
161 Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

162 Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr und Jugendverbände sind zentrale Orte,
163 an denen Gemeinschaft und Demokratie über soziale Schichten und politische
164 Grenzen hinweg entstehen. Häufig fehlt es Vereinen jedoch schlicht an geeigneten
165 Räumen für ihre Treffen, Proben und Aktivitäten. Genauso fehlt es jungen
166 Menschen häufig an offenen Orten, wo sie ungezwungen und ohne direkte
167 Vereinsbindung zusammenkommen können. Wir fordern daher, dass jede Kommune,
168 jedes Dorf und jeder Stadtteil mindestens einen Raum zur Verfügung stellt, der
169 sowohl örtlichen Vereinen als auch offenen Jugendtreffs verlässlich offensteht.
170 Jugendclubs müssen gezielt gefördert, regionale Netzwerke aufgebaut,
171 hauptamtliche Ansprechpersonen pro Region finanziert und direkte Unterstützung
172 für Projekte sowie Anschaffungen bereitgestellt werden.

173 Zur Erhöhung der Sichtbarkeit aller Angebote etablieren wir eine kommunale
174 Vereins-Roadmap: Neueinwohner*innen erhalten bei einem Umzug Infomaterial über
175 alle Vereine und Mitmachmöglichkeiten, Angebote werden gezielt in Schulen
176 vorgestellt und beworben, Übersichtskarten erstellt und Handlungsempfehlungen an

177 Kommunen weitergegeben. Zudem fördern wir vielfältige Vereinsangebote auf dem
178 Land, die gerade auch für junge Frauen attraktiv gestaltet sind.

179 All diese Treffpunkte entfalten ihre Wirkung jedoch nur, wenn sie für alle
180 Interessierten einfach, sicher und preiswert erreichbar sind. Wir bauen die
181 Mobilität im ländlichen Raum deshalb spürbar aus: Vereins- und Freizeitorte
182 müssen verlässlich an den ÖPNV angebunden werden, um Wegehürden abzubauen. Da
183 das Vereinsleben und jugendliche Treffen nicht um 18 Uhr enden, braucht es
184 insbesondere am Abend und an den Wochenenden ein dichtes Netz an flexiblen
185 Mobilitätsangeboten. Durch den gezielten Einsatz von Anrufsammeltaxis und
186 Rufbussen garantieren wir, dass junge Menschen auch zu späten Zeiten und aus
187 kleineren Ortsteilen unkompliziert, günstig und sicher zu ihren Treffen und
188 wieder nach Hause gelangen.

189 5. Startchancen: Aufstieg darf nicht am Geld scheitern

190 Gute Startchancen dürfen nicht davon abhängen, wie viel die Eltern verdienen
191 oder wo jemand aufwächst. Egal, wo jemand herkommt und wo jemand lebt: Alle
192 Menschen sollen die Chance haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Das ist echte
193 Freiheit und Gerechtigkeit.

194 Das beginnt bei der Bildung: Alle Kinder sollen schon vor der Schule ein gutes
195 Deutsch sprechen können. Wir wollen Schulen zu Orten machen, an denen man sich
196 wohlfühlt, zu denen man gerne hingeht und in denen man gerne lernt.
197 Schulabschlüsse und Prüfungen müssen vergleichbarer sein. Auch bei der Zulassung
198 zu Hochschulen müssen transparente, einheitliche und verlässliche
199 Voraussetzungen gelten.

200 Aufstieg darf nicht am Geld scheitern. Dafür wollen wir die finanzielle
201 Unabhängigkeit junger Menschen stärken. Es muss machbar sein, zu studieren, eine
202 Ausbildung zu machen oder sich selbstständig zu machen. Deshalb wollen wir das
203 BAföG konsequent weiterentwickeln. Die Wohnkostenpauschale muss sich an den
204 tatsächlichen Mieten vor Ort orientieren, denn Ausbildung und Studium dürfen
205 nicht an den Lebenshaltungskosten vor Ort scheitern. Auch Großstädte müssen für
206 junge Menschen bezahlbar bleiben.

207 Wer ins Berufsleben startet, muss spüren, dass sich Arbeit lohnt. Doch gerade am
208 Anfang bleibt vom Brutto oft wenig Netto übrig, während die Kosten für die erste
209 Wohnung, Mobilität und den Aufbau eines eigenen Lebens hoch sind. Mit der
210 Aktivrente belohnt der Staat das Arbeiten im Rentenalter steuerlich. Das muss
211 erst recht für den Start ins Berufsleben gelten. Deshalb wollen wir den
212 Aktivstart: einen zusätzlichen Steuerfreibetrag für junge Menschen in den ersten
213 Jahren ihres Berufslebens. So haben sie mehr Netto vom Brutto und können sich
214 früh etwas Eigenes aufbauen.

215 Zudem wollen wir die Vielfalt der Berufsausbildungen, vor allem im ländlichen
216 Raum, stärken. Oft bestimmt der Wohnort über den Ausbildungsplatz. Das darf so
217 nicht bleiben. Durch einen gezielten Ausbau des ÖPNV können wir sicherstellen,
218 dass es jungen Menschen besser möglich ist, unterschiedliche Berufe zu erlernen.

219 Starker Start, smarter Staat

220 Der Staat kann mit einem Startpaket zum 18. Geburtstag den Übergang ins
221 Erwachsenenleben einfacher machen. Junge Menschen werden darüber informiert,
222 welche Ansprüche sie haben, welche Unterstützung ihnen offensteht und wie sie

223 diese über einen niedrigschwelligen, digitalen Zugang beantragen können. Zudem
224 muss auch sichergestellt werden, dass solche Angebote unbürokratischer und
225 schneller bei den jungen Menschen ankommen. Lange Bearbeitungszeiten rauben
226 Nerven und können ausbremsen, bevor es überhaupt losgeht.

227 Wir wollen gut ausgestattete Schulen überall und Jugendräte, damit wirklich alle
228 mitbestimmen können. Auch wollen wir mehr Investitionen in den Kommunen, die das
229 Leben vor Ort verbessern. Dadurch schaffen wir ein besseres Klima vor Ort und
230 verringern das Gefühl des Abgehängt-Seins, vor allem in ländlichen Regionen.

231 So erneuern wir den Anspruch, den junge Menschen zu Recht an Staat und
232 Gesellschaft haben: Es kommt nicht darauf an, woher man kommt, sondern wohin man
233 will. Herkunft und Wohnort sollen nicht darüber entscheiden, welche
234 Möglichkeiten jemand im Leben hat. Deutschland soll jeder und jedem ein
235 einfaches Versprechen für den Start geben: Don't stop me now.

Einfache Sprache

236 Don't Stop Me Now – Starker Start, smarter Staat

237 Viele junge Menschen sehen keine Zukunft mehr für sich. Früher galt: Schule,
238 Ausbildung oder Studium, guter Job. Heute klappt das oft nicht mehr. Wer immer
239 wieder merkt, dass Anstrengung nichts bringt, gibt irgendwann auf. Manche
240 verlassen das Land, andere ziehen sich zurück. Dabei gab es ein Versprechen:
241 Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Dieses Versprechen gilt für alle.
242 Wir Grüne sagen: Es soll egal sein, woher du kommst. Wichtig ist, wohin du
243 willst. Dafür machen wir fünf Vorschläge.

244 1. Mitreden statt abwarten

245 Junge Menschen sollen in der Politik mitbestimmen, in der Gemeinde, im Land und
246 im Bund. Darum wollen wir überall Jugendräte, nach dem Vorbild von Baden-
247 Württemberg. Jugendräte sollen Anträge stellen, angehört werden, reden dürfen
248 und eigenes Geld haben. Junge Menschen sollen bei allen Themen gefragt werden,
249 denn alle Themen betreffen uns.

250 2. Gute Bildung – von der Kita bis zur eigenen Firma

251 Viele Kinder können nicht gut lesen. Das zeigt die PISA-Studie. Ob ein Kind in
252 der Schule gut ist, hängt in Deutschland stark von den Eltern ab. Das wollen wir
253 ändern.

254 Sprache lernen: Alle Kinder machen vor der Schule einen Sprachtest, überall nach
255 den gleichen Regeln. Wer Hilfe braucht, bekommt Förderung. Hamburg zeigt, dass
256 das funktioniert.

257 Hilfe in der Schule: Die Förderung geht in der Schule weiter. Kita und Schule
258 sprechen sich ab. Fachkräfte helfen beim Lesen, Schreiben, Rechnen und beim
259 Umgang mit KI, auch am Nachmittag. Vereine können mitmachen, zum Beispiel mit
260 Sport.

261 Gründungs-BAföG: Wer bis 27 Jahre alt ist und eine Firma gründet, bekommt Geld
262 vom Staat. Einen Teil muss man nicht zurückzahlen, den Rest zahlt man ohne
263 Zinsen zurück, wenn man genug verdient. Dazu gibt es Beratung.

264 3. Ein Staat, der einfach funktioniert

265 Hilfen vom Staat kommen oft nicht an, weil Anträge zu kompliziert sind oder die
266 Menschen sie nicht kennen. Darum soll sich der Staat von selbst melden. Wer ein

267 Recht auf Hilfe hat, bekommt sie automatisch. Alles geht digital über ein Konto.
268 Startpaket: Zum 18. Geburtstag meldet sich der Staat. Er erklärt, was sich jetzt
269 ändert, zum Beispiel bei Steuern, Krankenversicherung und Rente. Und er zeigt,
270 welche Hilfen es gibt, etwa BAföG oder Wohngeld. Beantragen geht mit wenigen
271 Klicks. So merken junge Menschen: Der Staat arbeitet für mich.

272 4. Starke Orte – auch auf dem Land
273 Junge Menschen sollen gern in ihrer Heimat bleiben. Dafür brauchen Gemeinden
274 genug Geld. Unsere Regel: Wer etwas bestellt, muss es bezahlen, auch der Bund.
275 Bei Angeboten für Jugendliche darf nicht zuerst gespart werden.
276 Räume für alle: Jeder Ort soll einen Raum für Vereine und Jugendtreffs haben.
277 Jugendclubs bekommen mehr Geld. Neue Einwohner*innen erfahren, welche Vereine es
278 gibt.
279 Mobilität: Junge Menschen müssen auch abends und am Wochenende zu ihren Treffen
280 kommen. Darum wollen wir mehr Busse auf dem Land, Rufbusse und Sammeltaxis.

281 5. Geld darf kein Hindernis sein
282 Ob man studiert oder eine Ausbildung macht, darf nicht vom Geld der Eltern
283 abhängen.
284 Bildung: Schulen sollen Orte sein, an denen man gern lernt. Abschlüsse sollen
285 überall vergleichbar sein, für die Uni gelten klare Regeln.
286 BAföG: Das Geld für die Miete soll zu den echten Mieten passen, auch in
287 Großstädten.
288 Aktivstart: Rentner*innen, die weiterarbeiten, zahlen weniger Steuern. Das soll
289 auch für junge Menschen am Anfang des Berufslebens gelten. So bleibt mehr Geld
290 übrig.
291 Ausbildung auf dem Land: Mit mehr Bus und Bahn kommen junge Menschen zu mehr
292 Ausbildungsplätzen.

293 Starker Start, smarter Staat
294 Wir wollen gute Schulen überall, Jugendräte für alle, mehr Geld für die
295 Gemeinden und Hilfen, die schnell und einfach ankommen. Denn es soll egal sein,
296 woher man kommt. Wichtig ist, wohin man will. Deutschland soll allen jungen
297 Menschen ein Versprechen geben: Don't stop me now.

Begründung

Geht aus dem Antragstext hervor.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow); Chantal Kopf (KV Freiburg); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz); Elisabeth Schilli (KV Ortenau); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christian König (KV Garmisch-Partenkirchen); Elias Enderlein (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Louise Carnot (KV Leipzig); Felix Leander Droop (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Can Aru (KV Berlin-Pankow); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); sowie 147 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.